

Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Sitzungstermin: Donnerstag, 04.12.2014
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:55 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Winter, Maria

SPD-Fraktion

Götze, Horst

für Benjamin Swieter

Mecklenburg, Rico

Meyer, Lina

für Gregor Strelow

Pohlmann, Marianne

für Hans-Dieter Haase

Schulze, Kai-Uwe

CDU-Fraktion

Bongartz, Helmut

Rosenboom, Benedikt

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Marsal, Andrea

(bis 18:40 Uhr)

Renken, Bernd

FDP-Fraktion

Bolinius, Erich

Verwaltungsvorstand

Bornemann, Bernd

Oberbürgermeister (bis 18:50 Uhr)

Jahnke, Horst

Erster Stadtrat

von der Verwaltung

Discus, Gerhard

Mansholt, Dieter

Behrens, Sebastian

Jakobs, Stefan

Protokollführung

Rauch, Agnes

Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 04.12.2014

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Winter begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Winter erklärt, die Verwaltung wolle den Tagesordnungspunkt 7 „Neufassung des Gesellschaftsvertrages der SWE Tel GmbH zurückziehen, da dieser bereits als Eilentscheidung beschlossen worden sei. Eine Information werde es dazu in der Ratssitzung am 18.12.2014 geben. Weiterhin würde der Tagesordnungspunkt 8 „Gründung einer gemeinsamen Trägergesellschaft mit dem Landkreis Aurich in der Rechtsform einer gGmbH für das Projekt Zentralkrankenhaus“ zurückgezogen werden.

Herr Bornemann erläutert, er wolle diesen Punkt von der heutigen Tagesordnung zurückziehen, da in den Gesprächen mit dem Berater, dem Landkreis Aurich und dem Innenministerium deutlich geworden sei, dass es ausreiche, wenn dieser Punkt in der Ratssitzung im Februar entschieden werde. Dadurch hätten die Beteiligten mehr Zeit, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Auch müssten mit ziemlicher Sicherheit im Januar 2015 keine konkreten Anträge gestellt werden.

Herr Bongartz bemerkt, seine Fraktion nehme dieses zur Kenntnis, zumal es hier um Themen gehe, die gründlich in den Fraktionen besprochen werden müssten. Es könne nicht sein, dass man hier einen Beschluss im Rahmen einer Tischvorlage hätte fassen müssen. Zu dem Tagesordnungspunkt 7 führt er aus, es sei richtig, dass es hier einen Eilbeschluss geben würde. Er bittet für die Zukunft darum, um Irritationen in den Fraktionen auszuschließen, dass diese Punkte nicht auf die Tagesordnung kämen, wenn sie bereits entschieden seien.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 4 Neufassung der Beteiligungsrichtlinie der Stadt Emden
Vorlage: 16/1323

Herr Mansholt erklärt, bereits in der Sitzung am 23.06.2014 habe sich der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation mit der Neufassung der Beteiligungsrichtlinie der Stadt Emden beschäftigt. Zwar habe er das Thema seinerzeit schon erläutert, doch wolle er

Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 04.12.2014

heute erneut einige Stichworte dazu geben. Der Landesrechnungshof habe in seinem Prüfungsbericht darauf hingewiesen, dass in diesem Bereich noch einige Dinge zu tun seien und eine Beteiligungsrichtlinie, die bereits intern als Dienstanweisung existiere, notwendig sei. Dort würde es insbesondere darum gehen, eine stärkere Verbindlichkeit für diese Bereiche zu schaffen. Mit eingebaut sei nunmehr auch die Abstimmung von Wirtschaftsplänen. Der Rat habe im März 2011 bereits für jede Gesellschaft einen Beschluss gefasst, dass die Gesellschaften auch an dem städtischen Berichtswesen teilnehmen und ihre Wirtschaftspläne im Vorfeld mit der Stadt Emden abstimmen würden. Wie er bereits im Juni d. J. erläutert habe, wolle man das Thema Mandantenbetreuung verstärken. Schulungsveranstaltungen für den Rat würden somit aufgenommen werden, die in jeder Wahlperiode stattfinden und mit den Gesellschaften koordiniert werden sollten.

Weiter führt er zum Quartalsberichtswesen aus, in der letzten Sitzung habe man die Ergebnisse der Beteiligungen zum 30.09. vorgestellt. Auch dieser Punkt sei in der Beteiligungsrichtlinie aufgeführt, sodass der überwiegende Teil davon bereits gelebt werde. Es gehe letztendlich nur darum, dieses in einer Gesamtheit aufzuschreiben, damit es für alle Beteiligten als verbindliche Richtlinie gewertet werden könne.

In der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation sei es zu der Aussage gekommen, im Bereich Konzernstruktur der Wirtschaftsbetriebe evtl. noch über Änderungen nachzudenken. Daher habe die Verwaltung diese Beteiligungsrichtlinie zunächst zurückgezogen mit der Bemerkung, dass sich evtl. daraus noch Aspekte ergeben könnten, die man mit einfließen lassen könnte. Es habe sich allerdings ergeben, dass das Thema Neustrukturierung Wirtschaftsbetriebe in diesem Jahr nicht so intensiv wie ursprünglich angedacht verfolgt werden konnte. Es werde sicherlich im nächsten Jahr noch Überlegungen und Gespräche dazu geben. Die Verwaltung sei zu dem Ergebnis gekommen, hier nicht darauf zu warten. Wenn sich tatsächlich noch die eine oder andere kurze Ergänzung ergeben sollte, bestehe aus seiner Sicht kein Problem, dieses noch mit einfließen zu lassen. Von daher habe sich die Verwaltung dazu entschlossen, die Vorlage zunächst unverändert wieder einzubringen. Allerdings müsste das Datum, an dem die Richtlinie in Kraft treten würde, geändert werden. Er schlage vor, hier den 01.07.2015 einzusetzen, damit allen Beteiligten ein angemessenes Zeitfenster eröffnet werde, sich darauf einzurichten. Weiter weist Herr Mansholt darauf hin, das Rechnungsprüfungsamt habe zudem den Wunsch geäußert, an zwei Stellen ausdrücklich benannt zu werden, damit es auch eingebunden sei. So werde bei Ziffer 7 (2) der Satz „Das Rechnungsprüfungsamt wird an allen Änderungen in Gesellschafterverträgen durch das Beteiligungsmanagement unterrichtet.“ eingefügt. In Ziffer 4.3 (1) sollte der Halbsatz „und des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Emden“ eingefügt werden. Da dieses sich bereits aus anderen Vorschriften ergeben würde, handele es sich um eine Änderung rein redaktioneller Art.

Frau Winter bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Bolinius geht davon, dass die Mitglieder des Rates zur Sitzung am 18.12.2014 eine neue Vorlage mit diesen Änderungen bekommen würden. Er sei jedoch nicht damit einverstanden, dass diese Richtlinie zum 01.07.2015 wirksam werden sollte. In Punkt 3 (2) Standardberichtswesen stehe, dass über die Beteiligungsgesellschaften „in der Regel bis zum 31.05. und 30.09.“ zu berichten seien. Er möchte den Halbsatz „in der Regel“ streichen lassen, um auf jeden Fall eine Berichterstattung sicherzustellen. Auch würde er ein früheres Datum wie z. B. 01.05.2015 für das Inkrafttreten der Beteiligungsrichtlinie vorschlagen.

Herr Mansholt erklärt, dass Datum 01.07.2015 habe er genommen, um generell Zeit zu geben. Das Thema Standardberichtswesen würde jedoch schon auf freiwilliger Basis funktionieren. Er habe kein Problem mit dem 01.05.2015, wolle doch niemanden unter Zugzwang setzen. Der Halbsatz „in der Regel“ sei aufgenommen worden, da nicht auszuschließen sei, dass es im Einzelfall Besonderheiten geben würde, die sich aus einer Situation ergeben würden.

Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 04.12.2014

Herr Bolinius hält dieses für eine Ausflucht und beantragt, den Halbsatz „in der Regel“ zu streichen.

Herr Bongartz unterstützt die Ausführungen von Herrn Bolinius ausdrücklich und erklärt, in Verwaltungsvorgängen sollten klare Regeln geschaffen werden. Der Halbsatz „in der Regel“ würde alles offenlassen, da es seiner Ansicht nach eine unbestimmte Aussage sei. Weiter fragt er an, ob und warum es eigentlich noch eine Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft Emden mbH geben würde.

Herr Jahnke führt aus, der Rat habe sich ausdrücklich vereinbart, den Mantel der AAFög bestehen zu lassen. Somit würde es die Gesellschaft noch geben und es müsse auch ein Jahresabschluss erstellt werden. Nur so könnte man die Gesellschaft ggf. wieder nutzen, falls sich wieder Fördermöglichkeiten ergeben würden. Solange ruhe die Tätigkeit. Die Geschäftstätigkeit laufe nunmehr vollständig aus, da die Leute die Gesellschaft verlassen hätten und die letzten Vermögensgegenstände veräußert worden seien.

Weiter erklärt Herr Jahnke, Herr Mansholt habe gerade erläutert, aus welchem Grunde keine Änderungen vorgenommen worden seien. Hintergrund sei gewesen, dass man Überlegungen anstellen wolle im Hinblick auf die Neustrukturierung der Wirtschaftsbetriebe Emden. Dieses müsse zunächst einmal vernünftig von PWC vorbereitet und mit den Fraktionsvertretern diskutiert werden. Daher habe die Verwaltung die Beteiligungsrichtlinien zunächst noch einmal zurückgehalten. Nunmehr habe man sich aber gesagt, man wolle die Beteiligungsrichtlinie vorlegen. Wenn sich wirklich noch etwas am Konstrukt der Wirtschaftsbetriebe ändern würde, könne man diese erneut vorlegen. Abschließend stellt er heraus, gegen das Datum 01.05.2015 und die Streichung des Halbsatzes „in der Regel“ habe er nichts einzuwenden.

Herr Bornemann stellt heraus, es sei die Aussage getroffen worden, der Halbsatz „in der Regel“ würde alles offen lassen. Das stimme so nicht. Der Satz „hat in der Regel“ sei ein sehr scharfer Begriff in allen Gesetzen, Richtlinien usw., sodass es sich hier um eine Verpflichtung handele, die nur in begründeten Fällen Ausnahmen zulasse.

Herr Mecklenburg bemerkt, auch seine Fraktion sei der Ansicht, dass die Verpflichtung auf jeden Fall vorhanden sei. Man würde jedoch die Streichung auch mittragen.

Herr Bongartz fragt an, ob in der Vorlage auch die Filmfestgesellschaft mit aufgenommen werden müsste.

Herr Mansholt erklärt, in dem ursprünglichen ersten Entwurf sei die Filmfest GmbH noch enthalten gewesen. Da die Stadt Emden nicht die Mehrheit, sondern genau 50 % Anteile habe, sei sie gleichberechtigter Partner und gehöre nicht zu den hier aufgeführten Gesellschaften.

Herr Renken bittet um die redaktionelle Berichtigung des Wortes „Standard“ auf Seite 3. Zudem hätte er sich bei dieser Vorlage eine Synopse gewünscht, bei dem die Änderungen leicht erkennbar gewesen seien. Er weist auf den Punkt 3 (2) und (3) „Standardberichtsweisen“ hin und bemerkt, er sei von der Identität der Daten verwundert. Er gehe davon aus, dass zunächst das Beteiligungsmanagement und dann die Gremien unterrichtet würden.

Herr Mansholt erklärt, in der Praxis laufe es so, dass die Gesellschaften zu den Stichtagen 31.05. und 30.09. der Verwaltung die Informationen zukommen lasse, die dann für die Vorlage aufbereitet und an den Rat weitergeleitet würden. Dieses sei mitaufgenommen worden, weil man sich gesagt habe, dass der Bericht gegenüber dem Rat wichtiger als der Vorlauf sei. Daher würde sich die Reihenfolge in der Beteiligungsrichtlinie ergeben. Diese habe keine materiellen Auswirkungen.

Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 04.12.2014

Bezüglich des Themas Synopse führt er aus, da es bisher keine vom Rat beschlossene Beteiligungsrichtlinie gegeben habe, habe man davon abgesehen. Bislang habe es lediglich eine hausinterne Dienstanweisung gegeben, die man sich als Grundlage genommen habe. Die Forderungen des Landesrechnungshofes seien dort eingearbeitet worden.

Frau Winter lässt anschließend über den Beschluss mit den Änderungen des Datums „01.05.2015“ und der Streichung des Halbsatzes „in der Regel“ unter Nr. 3 (2) im Text der Beteiligungsrichtlinie abstimmen.

abweichender Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Emden beschließt die in der Anlage beigefügte Beteiligungsrichtlinie der Stadt Emden.
2. Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der
 - Klinikum Emden -Hans-Susemihl-Krankenhaus gGmbH,
 - Zukunft Emden GmbH,
 - Stadtwerke Emden GmbH,
 - Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH,
 - GEWOBA Emden GmbH,
 - Rettungsdienst DRK / Stadt Emden GbR,
 - Abfallwirtschaftsgesellschaft Emden GmbH,
 - Emden Marketing- und Tourismus GmbH und
 - Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft Emden mbH

werden angewiesen Regelungen zu treffen, so dass ab dem **01.05.2015** die Beteiligungsrichtlinie der Stadt Emden für die Gesellschaften verbindlich wird.

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2015
Vorlage: 16/1511

Herr Jahnke stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation das Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2015 vor und erläutert diese. Die Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Winter bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Bolinius bedankt sich für die Vorstellung und erklärt, die Fraktionsvorsitzenden hätten sich intensiv mit dem Kämmerer besprochen, sodass auch bekannt sei, dass die letztendlich von PWC vorgeschlagenen Maßnahmen einbezogen würden. Besonders gut habe ihm im Vortrag gefallen, dass die Chancen und Risiken sehr gut dargestellt worden seien. Bezüglich des strukturellen Defizits ab den Jahren 2018/2019 müsse es zu Einsparungen kommen, wenn die Prognosen hinsichtlich der Gewerbesteuer, die mit 46 Mio. € angesetzt sei, kämen. Wenn die Gewerbesteuer noch niedriger werde, müsse man sehen, wie es insgesamt zu schaffen sei.

Herr Bolinius weist auf einen Punkt beim Gebäudemanagement bezüglich der Mensa Herrentorschule hin. Der Schulleiter der Oberschule Herrentor, Herr Eilers, habe ihm mitgeteilt, dass er

Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 04.12.2014

mit dieser Summe nicht auskomme und große Schwierigkeiten sehen würde. Er benötige das Gebäude. Zudem seien zusätzliche Investitionen nötig, die nicht im Haushalt enthalten seien. Herr Bolinius bittet hier um eine Stellungnahme.

Abschließend stellt er heraus, seine Fraktion werde nunmehr in die Beratungen gehen. Wenn sich evtl. Änderungen oder Zusatzwünsche im Investitionshaushalt ergeben würden, werde man diese bis zur Verabschiedung des Haushalts nachreichen.

Herr Bornemann erklärt, er sei über die Äußerungen der Schulleitung der Oberschule Herrentor höchst verwundert. In der Verwaltung sei bisher nicht bekannt, dass die Oberschule eine zweite Schule benötige, um sich zu entwickeln. Auch sei in keinem Ausschuss davon gesprochen worden, dass die Herrentorschule die Grundschule Herrentor als Gebäude komplett übernehme. Zudem würde auch kein Konzept vorliegen. Die Grundschule Herrentor habe acht Klassenräume. Er habe den Auftrag an das Gebäudemanagement unter Einbeziehung dieser Räume gegeben, eine Prüfung vorzunehmen, wie eine Mensa dort errichtet werden könne, die den Anforderungen der Schule genüge. Die Oberschule Herrentor habe sich im Sommer ohne jegliche Begründung entschieden, ihren Standort nicht zu wechseln. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte die Schulleitung mitteilen müssen, dass sie die acht Räume der Grundschule Herrentor benötige. Dieses habe sie aber nicht getan. Er sei über diese öffentliche Erklärung auf das Höchste verwundert, zumal die Schule an der Stelle überhaupt noch nichts vorgelegt habe. Sicherlich werde es zu dieser Angelegenheit Diskussionen geben. Für heute stelle er jedoch eindeutig fest, dass man dem Grundsatz der sparsamen Haushaltswirtschaft verpflichtet sei. Es würde für ihn keinen Anlass geben, eine Mensa für 1,7 Mio. € komplett neu zu bauen, wenn dort Räume zur Verfügung stünden, in denen zumindest teilweise eine Mensa mit einer hervorragenden Ausstattung eingerichtet werden könne.

Herr Bongartz bedankt sich ebenfalls für die Vortrag und die Darstellung der Risiken des Haushalts der Stadt Emden. Er stellt heraus, unter dem Strich könne man zunächst einmal feststellen, dass die Stadt Emden im Prinzip noch in relativ geordneten finanziellen Verhältnissen lebe, wobei die Tendenz schwierig sei, der man schon ins Auge schauen müsse. Er bemerkt, Nachzahlungen von Gewerbesteuern seien absolute Glücksfälle, die zu großer Freude und auch zu großen Begehrlichkeiten führten. Nichts desto trotz habe man sich im Rat geeinigt, diese Nachzahlungen der Rücklage zuzuführen, aus der schwierige Situationen bewältigt würden. Strukturelle Defizite seien dauerhaft, wenn sie nicht gelöst würden. Der Rat habe sich zur einer Beratung entschlossen, da man sich selber immer schwer damit tue, Möglichkeiten des Sparens zu erkennen. Er wünsche sich sehr, dass man im Kern dann auch zu den Dingen stehe, die PWC letztendlich sagen würde. Sicherlich werde nicht alles eins zu eins umzusetzen sein. Doch es würde auf der Hand liegen, dass bedeutsam mehr als 50 % letztendlich gemacht werden müsste. Es könne nicht sein, dass ein großer sechsstelliger Betrag für ein Gutachten ausgegeben werde, welches Wege aufzeige, die letztendlich aber nicht beschritten würden. Es müsse gewährleistet sein, dass das Gutachten ganz deutlich in vielen Bereichen die Richtung vorgeben sollte.

Weiter führt Herr Bongartz aus, ihm persönlich würden die Arbeitslosenzahlen sehr zu denken geben. Die Stadt Emden sei der industrielle Mittelpunkt Ostfrieslands. Dennoch sei die Arbeitslosensituation mit 8,6 % erschreckend. Wittmund dagegen habe eine Arbeitslosenquote von 5,5 %, Leer 5,7 % und Aurich 6,1 %. Seiner Ansicht nach sei dieses sehr auffällig und müsste einen Grund haben. Mit diesem Thema sollte man sich im nächsten Jahr intensiv beschäftigen, ob dieses damit zusammenhänge, dass die Stadt Emden in vielen Bereichen sehr großzügig sei. Der industrielle Mittelpunkt einer Region könne nicht der Hort der größten Arbeitslosigkeit sein. Darüber sollte man sich Gedanken machen, wie das gelöst werden könne.

Hinsichtlich des Hans-Susemihl-Krankenhauses erklärt Herr Bongartz, dieses sei eines der großen Risikofaktoren. Wenn man nun annehme, dass es in den Defiziten heruntergehe, so sei

Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 04.12.2014

er hier skeptisch, obwohl ganz bestimmte Strukturen aufgelöst würden. Der Chefarztwechsel würde natürlich eine gewisse Entlastung mit sich bringen, jedoch kämen auch wieder durch die Tarifierhöhungen bei den Ärzten und im Bereich des übrigen Personals erhebliche Mehrkosten auf die Stadt Emden zu. Von daher sei er in diesem Punkt recht skeptisch.

Er bemerkt, wenn im Bereich Kultur 500.000 € eingespart werden sollte, müsste man sich auch intern darüber unterhalten, wo es gemacht werden solle. Seiner Meinung nach sei dieses von entscheidender Bedeutung. Man könne nicht sagen, das Archiv werde herausgenommen und komme in die Allgemeinverwaltung. Dann werde seiner Ansicht nach nur von einer Seite in die andere gebucht.

Er würde die Vorlage so erst einmal mit in die Fraktion nehmen und beraten. Letztendlich seien sich alle Fraktionen im Investitionshaushalt im Kern einig. Von daher schaue man sich jetzt noch den Ergebnishaushalt an.

Abschließend stellt Herr Bongartz fest, im Moment könne das strukturelle Defizit durch diese Rücklagen gedeckt werden. Doch würde dieses eines Tages aufgebraucht sein. Da sei das Jahr 2018 nicht wirklich weit entfernt. Dennoch gehe er davon aus, dass man es schaffe, da hier sehr viele positive Annahmen enthalten seien, die die Stadt Emden relativ günstig stellen würden. Doch wenn nur ein Teil dieser Annahmen so nicht eintrete, dann sei man schon beim Jahr 2017, in dem man nicht mehr in der Lage sei, das strukturelle Defizit letztendlich zu decken. Darum müsse die Hauptaufgabe darin bestehen, den Kämmerer in allen Belangen zu unterstützen, das strukturelle Defizit zu senken. Nur so könne man den Haushalt der Stadt Emden dauerhaft sanieren.

Herr Mecklenburg führt aus, er habe zwischenzeitlich den Eindruck gehabt, Herr Bongartz wollte an alle appellieren, alle von PWC gemachten Vorschläge möglichst weitgehend umzusetzen. Er stellt für die SPD-Fraktion klar heraus, man werde es auf gar keinen Fall mittragen, dass das soziale Gesicht der Stadt Emden und der gesetzte Schwerpunkt Kinder, Jugendliche und Bildung verändert werde. Ansonsten wäre die Stadt Emden auswechselbar, wie jede andere. Man habe sich immer gesagt, dass man in diesem Bereich sehr starke Schwerpunkte setzen wolle. Seine Fraktion würde es auf keinen Fall mittragen, dass weiter gekürzt werde, sodass die Schwerpunkte nicht mehr erkennbar seien. Weiter stellt Herr Mecklenburg heraus, er halte die Annahme, dass im sozialen Bereich zu viele Wohltaten verteilt würden und die Leute aus diesem Grunde nach Emden kämen, für sehr gewagt. Wenn man Emden mit anderen vergleichbaren kreisfreien Städten vergleichen würde, stelle man fest, dass diese sogenannten Mittelzentren immer eine gewisse Sogwirkung in diesem Bereich ausüben würden. Auch müsse man zur Kenntnis nehmen, dass Emden einige Einschläge gehabt habe, die für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt katastrophal gewesen seien.

Herr Mecklenburg erklärt weiter, aufgrund seiner langjährigen Erfahrung im Rat könne er sagen, dass eine Prognose für die Zukunft immer schwierig sei, denn auch in kürzerer Zeit könne sich etwas sowohl zum Negativen als auch zum Positiven verändern. Aufgrund irgendwelcher Entwicklungen, die jetzt noch nicht zu sehen seien, seien deutliche Gewerbesteuererhöhungen oder die Gewährung von Bundeszuschüssen möglich. Da die Steuereinnahmen der öffentlichen Kassen im Bundes- und Landesbereich sprudeln würden, könnte man davon ausgehen, dass die Kommunen davon einen größeren Anteil bekämen.

Bezüglich der Mensa in der Oberschule Herrentor erklärt Herr Mecklenburg, heute habe es in Aurich eine Fachtagung gegeben, in der das Problem Mensen und Essensverpflegung in den Schulen thematisiert worden sei. Ein Architekt aus Essen habe dort einen Vortrag über die Gestaltung von Essensmöglichkeiten gehalten. Seine These sei es, multifunktionale Möglichkeiten zu schaffen. Die Vorstellung der bisherigen Mensa sei völlig überholt. Es müsse immer geschaut werden, welche Möglichkeiten vor Ort seien und wie man die Räumlichkeiten auch multi-

Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 04.12.2014

funktional nutzen könne und wie das Thema Kommunikation zu lösen sei. Es sei hier eine Schule mit Räumen vorhanden. Sicherlich könne man sich mit fachlicher Unterstützung tolle Möglichkeiten schaffen, damit Schülerinnen und Schüler dort gerne ihr Essen einnehmen.

Herr Renken fragt sich, ob es hier der passende Ort sei, Diskussionen auf der Grundlage eines Telefongespräches, die der Schulleiter der Oberschule Herrentor mit allen Fraktionsvorsitzenden geführt habe, zu führen. Er halte eigentlich wesentlich mehr davon, dieses erst einmal zur Kenntnis zu nehmen. Zudem sei er der Ansicht, dass am Ende eine gelungene Lösung gefunden werde, da die Abstimmungsprozesse zwischen den eingerichteten Arbeitsgruppen auch laufen würden. Letztendlich würden solche Entscheidungen auch im Schulausschuss bekanntgegeben und anschließend politisch abgestimmt.

Bezüglich der Ausführungen von Herrn Jahnke stellt Herr Renken heraus, Emden sei eine Stadt, die ohne Kassenkredite wirtschaften könne. Dieses sollte man seiner Ansicht nach auch positiv sehen. Zudem habe man eine hohe Rücklage von 27 bis 28 Mio. €. Wenn jetzt gesagt werde, man könne über vier Jahre das Defizit mit den vorhandenen Rücklagen abdecken, dann stehe man noch relativ gut dar. Er bemerkt, es sei nicht die Schuld jeder Stadt, die ein strukturelles Defizit habe, dass sie nicht in der Lage sei, vernünftig zu wirtschaften. Es würde auch immer mit den konkreten Gegebenheiten vor Ort zusammenhängen. Weiter weist er darauf hin, dass es, nachdem die Hilfe von PWC in Anspruch genommen worden sei, zu einem sozialen Kahlschlag kommen werde. Man erwarte auf der anderen Seite vernünftige Vorschläge, die das soziale Gesicht der Stadt Emden erhalten würden, ohne zu sagen, es müsse alles so bleiben, wie es im Moment sei. Der Rat habe im Bereich Kinder, Jugend und Bildung politische Schwerpunkte gesetzt und vor dem Hintergrund der defizitären Entwicklung auch gesagt, dass eine Geschwisterregelung eingeführt werde. Dieses sei eine gute Regelung. Deswegen sei er der Meinung, man dürfe nicht nur darüber reden, etwas zu sparen, sondern müsse auch sehen, wie man auf die sich wandelnden Anforderungen im Bereich Kinder, Jugend und Bildung reagiert werden könne. Natürlich sei der Arbeitsmarkt ebenfalls ein Thema. Die Arbeitslosenquote hänge jedoch in Emden auch von der negativen Entwicklung für die Unternehmen vor Ort ab. Er stimmt Herrn Mecklenburg zu, dass man nicht wisse, was im Jahre 2018 wirklich sei. Wahrscheinlicher sei es zu wissen, wie es im Krankenhaus aussehen würde, wenn es so bleibe wie es jetzt sei. Dabei müsse er konstatieren, wenn man das große Projekt der Klinik nicht umsetze, dass man nach der vorgelegten Prognose den Zustand habe, dass dann über 30 % der Rücklagen quasi vom defizitären Krankenhaus weggefressen würden. Diese Zahl müsse man seiner Ansicht nach wirklich ernst nehmen.

Abschließend erklärt Herr Renken, in den letzten Wochen sei gesagt worden, dass noch zusätzliche Mittel zu erwarten seien. Ihm sei nicht bekannt, ob diese bereits in das Budget eingepflegt worden seien. Hierbei würde es sich um die angekündigten Mittel für die Inklusion handeln und sei zumindest ein Einstieg. Darüber hinaus sei durch die Vereinbarung mit dem Landkreis Aurich eine Erhöhung der jährlichen Zahlungen für den Ausgleich an den Schulen zu erwarten. Auch die Vergnügungssteuer würde sich erhöhen. Man müsse sich die Frage stellen, ob dieses nicht Dinge seien, die man verstärkt im Bereich Bildung, Inklusion und Schulen umsetzen müsse. Ein hoher Bedarf würde noch im Bereich der IT-Ausstattung bestehen, mit dem man sich nächster Zeit noch beschäftigen müsse. Die Ausstattung und Sanierung der BBS II sei ein ganz großes vorrangiges Ziel, wenn die Schulstrukturreform in 2015 abgeschlossen sei. Seine Fraktion werde auch weiterhin dafür eintreten, dass die dritte Fachkraft für Kindertagesstätten voll eingestellt werden könnte und somit eine Gegenfinanzierung zu den Mitteln, die das Land bereitstellt, geschaffen werden müsse. Das seien aber auch erst einmal die Annahmen bis einschließlich 2019 und die Finanzierung könne man sich seiner Erachtens nicht nur leisten, sondern sie sei eigentlich auch dringend notwendig. Er verweist auf das Schreiben des Stadtelternrates der Kindertagesstätten an die Fraktionsvorsitzenden. Dort werde auf ein Schreiben an den Oberbürgermeister sowie der Herren Sprengelmeyer und Ubben verwiesen, ein Finanzierungskonzept für eine vollzeitbeschäftigte dritte Kraft in den Kindertagesstätten vorzulegen. Das wer-

Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 04.12.2014

de für ihn weiterhin ein Thema sein. Er bemerkt, seine Fraktion werde sich im Januar abschließend mit dem Budget befassen und entsprechende Änderungsvorschläge einreichen.

Herr Bolinius bezieht sich die Ausführungen von Herrn Renken hinsichtlich der Mensa in der Oberschule Herrentor. Er habe die Verwaltung lediglich darum gebeten, entsprechend Stellung zu nehmen. Weiter erklärt er, durch eigene Einsparungen könne das strukturelle Defizit zwischen 5 und 7 Mio. € seiner Meinung nach nicht abgebaut werden.

Hinsichtlich der Ausführungen von Herrn Mecklenburg, das soziale Gesicht der Stadt Emden solle nicht verändert werden, entgegnet Herr Bolinius, was hier vorgestellt worden sei in den sozialen Bereichen, sei auch mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion vereinbart worden. Dieser habe sich sicherlich in seiner Fraktion rückversichert. Jetzt zu sagen, die SPD-Fraktion würde diese Änderungen nicht mittragen, könne er nicht nachvollziehen.

Herr Mecklenburg führt aus, er sei selbst Mitglied der Haushaltsstrukturkommission, die beschlossen habe, die Fachbereiche 500 und 600 und den Kulturbereich einer vertieften Analyse zu unterziehen. Hier seien überhaupt noch keine Einzelmaßnahmen genannt worden.

Herr Bolinius bittet Herrn Jahnke, zu diesem Thema Stellung zu nehmen. Seiner Ansicht nach seien diese ganzen Punkte einvernehmlich verabschiedet worden und in den Haushalt eingegangen. Wenn nunmehr alles in Frage gestellt werde, bräuchte man nicht weiter zu machen und hätte sich die Arbeit in der Haushaltsstrukturkommission sparen können.

Herr Jahnke stellt zur Tiefenanalyse heraus, es sei nicht so, dass gesagt worden sei, die Fachbereiche 500 und 600 würden global noch einmal analysiert. Aus dieser Globalanalyse der Fachbereiche insgesamt habe PWC klar abgeleitet, in welche Teilbereiche sie ganz dezidiert hineingehen wolle und in wo sie auch Potential sehen würde. Sowohl Verwaltung als auch Rat hätten sich verständigt, dass man im Moment nicht davon ausgehe, dass tatsächlich alles umgesetzt werde, was PWC an Potential sehen würde. Aus diesem Grunde habe man bei Weitem nicht das Gesamtpotential eingestellt, was PWC anhand der Globalanalyse aufgezeigt habe. Es sei lediglich ein Teilbetrag eingestellt worden. Insofern habe man eigentlich jetzt bereits unterstellt, dass nicht alle von PWC gemachten Vorschläge höchstwahrscheinlich zur Umsetzung gebracht würden. Jedoch könne es am Ende der Strecke nicht so sein, dass lediglich eine Liste vorliege, die große Auffälligkeiten aufweise, da in Teilbereichen viel mehr Geld ausgegeben werde als andere. Es würde hier nicht darum gehen, dass das soziale Gesicht der Stadt zerstört werden solle, sondern darum, dass es vielleicht Dinge geben würde, für die evtl. weniger Geld aufgewendet werden könnte, indem mehr Ehrenamtliche hinzugezogen würden. Weiter gehe es um zu hohe Standards im Gegensatz zu anderen Städten. Man wolle wissen, ob man richtig aufgestellt sei, ob die Prozesse und Standards auch richtig seien und ob man mit dem Geld, was aufgewendet und jedes Jahr massiv gesteigert werde, auch entsprechende Erfolge habe. Irgendwann müssten Maßnahmen auch dazu führen, dass sich Zahlen in gewissen Bereichen auch verbessern würden. Dieses wolle man nunmehr dezidiert untersuchen lassen. Am Ende der Strecke müsse das auch dazu führen, dass eine gewisse Bereitschaft vorliege, ein Projekt nicht mehr weiter zu führen, weil es eigentlich nicht effizient sei.

Herr Bongartz begrüßt es, dass keine Kassenkredite aufgenommen werden müssten. Seiner Meinung wäre es ungeheuerlich, wenn dieses der Fall sei. Emden sei eine der kleinsten kreisfreien Städte in Niedersachsen mit knapp 50.000 Einwohnern und mit einem großen VW-Standort, der wirtschaftlich innovativ so stark sei, dass er der Stadt ermögliche, diese Gewerbesteuererinnahmen zu generieren. Die Steuereinnahmen seien noch nie so hoch im Bereich der Gewerbesteuern gewesen. Mit diesem Geld müsse man nun auskommen. Seine Fraktion würde auch nicht darüber nachdenken, den sozialen Kahlschlag einzuführen. Man wolle nur den Weg stärken, über den man sich geeinigt habe und der schon in den Haushalt eingezogen sei. Wenn man wieder anfangen zu streichen, sei das strukturelle Defizit bedeutsam größer als es

Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 04.12.2014

nunmehr dastehe. Daher müsste man im Wesentlichen schon durchhalten. Herr Bongartz erinnert daran, dass die Fraktionsvorsitzenden gemeinschaftlich einen Antrag gestellt hätten, alle Verträge, die mit Dritten im Bereich 500 und 600 abgeschlossen würden, durch das Rechnungsprüfungsamt prüfen zu lassen, ob man dieses nicht günstiger bekomme.

Abschließend führt Herr Bongartz zur Kindertagesstättenregelung aus, es sei gemeinschaftlich der Beschluss gefasst worden, dass auf der Basis der Landesregelung die Stadt Emden für den Fall, dass nach dem 01.01.2015 Sozialassistentinnen und –assistenten in die Kindertagesstätten kämen und nicht mehr vom Land bezahlt würden, hier ihre Beschäftigung finden würden. Mehr könne man sich derzeit nicht leisten.

Herr Bornemann erklärt, er habe den Eindruck, dass man ein wenig aneinander vorbeireden würde. Er bedankt sich bei allen Fraktionen, mit welcher Ernsthaftigkeit dieses wirklich große Problem des strukturellen Defizits von allen behandelt worden sei. Das strukturelle Defizit sei ein Damoklesschwert, was über der Stadt Emden hänge. Man müsse sich ganz klar darüber sein, dass ab dem Jahr 2019 Kassenkredite aufgenommen werden müssten. Wenn die weiter ausufernden würden, sei kein Ende abzusehen. Daher sei dieses ein Problem, was ganz ernsthaft weiter betrieben werden müsse. Er führt aus, natürlich sei es so, dass die Steuereinnahmen Glück seien. Aber auch die gerade genannten Ausgaben, die auch gut seien, seien freiwillige Beschlüsse des Rates und von allen gewollt. Selbstverständlich werde nicht ohne Grund im ganzen Land darüber geredet, wie die Finanzausstattung der Kommunen insgesamt sei. Auf die Kommunen seien umfangreiche Aufgaben hinzugekommen wie z. B. die Eingliederungshilfe, die Kosten der Unterkunft, die Inklusion, die Krippenplätze etc. Im Baubereich sei unheimlich viel bezüglich der Krippengeschultert worden. Das bedeute auch, dass die Abschreibungen und die Zins- und Kreditlasten entsprechend angewachsen seien. Auch ein großer Teil der Mehrausgaben sei nicht selbst verschuldet. Nicht ohne Grund werde bundesweit über eine Veränderung der Finanzausstattung der Kommunen debattiert. Er sei überzeugt davon, dass sich ganz viele Städte glücklich schätzen könnten, wenn sie die Ausgangsposition hätten, die die Stadt Emden heute habe. Trotz der großen Entlassungen bei SIAG und BARD habe die Stadt Emden einen Höchststand mit über 31.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen.

Herr Bornemann führt bezüglich des Krankenhauses aus, dieses würde sehr zielgerichtet betrieben werden. Man habe es bisher geschafft, in Emden alle mitzunehmen und davon zu überzeugen, dass nur der Neubau eines Zentralkrankenhauses eine Chance biete, der Bevölkerung in der Zukunft eine gute ärztliche Versorgung dauerhaft anbieten zu können. Er stellt heraus, das Emder Krankenhaus werde bis zum Jahre 2021 seine Qualität behalten.

Herr Mecklenburg bedankt sich bei Herrn Bornemann für die klaren Worte. Er habe überhaupt nicht gesagt, dass man sich von der angenommenen Summe, über die man sich geeinigt und als Zielmarke für die vertiefte Analyse gesetzt habe, entfernen wolle. Er habe gesagt, dass seine Fraktion darauf achten werde, dass bestimmte Schwerpunkte weiter erkennbar bleiben müssten. Auch die SPD-Fraktion hoffe natürlich, dass die Zielmarken erreicht würden, indem man Doppelstrukturen abschaffe, Prozesse günstiger gestalte oder möglicherweise günstigere Anbieter finden werde. Er betont, man werde in diesen Prozess nicht rein betriebswirtschaftlich hineingehen unter dieser Sichtweise, die diese Unternehmen gerne anwenden würden. Somit würde man sehr darauf achten, dass bestimmte Dinge nicht einfach eingestellt würden. Selbstverständlich wolle man trotzdem auch diese Einsparziele erreichen.

Beschluss: Verweisung an die Fraktionen

Ergebnis: einstimmig

Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 04.12.2014

TOP 6 Neufassung des Gesellschaftervertrages der Emden Marketing & Tourismus GmbH
Vorlage: 16/1512

Herr Mansholt erklärt, Hintergrund dieser Vorlage sei eine Vorgabe des Landesrechnungshofes, der beanstandet hätte, dass die Stadt Emden in der Gesellschaft keine Mehrheit habe und dennoch die Gesellschaft dem Grunde nach weitgehend finanziere. Dieses habe die Verwaltung zum Anlass genommen, um gemeinsam mit den Gesellschaftern der Emden Marketing & Tourismus GmbH eine einvernehmliche Lösung zu finden. Man habe sich darauf geeinigt, die Beteiligungsverhältnisse auf 51 % zu ändern. Trotzdem sei die Struktur in den Gremien so, dass niemand ohne den anderen entscheiden könne. Weitere Punkte wie z. B. das Berichtswesen seien ebenfalls hineingenommen worden. Die Gesellschafterversammlung zur Änderung des Vertrages habe bereits stattgefunden.

Frau Winter bedankt sich für die Ausführungen.

Beschluss: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Emden Marketing & Tourismus GmbH werden angewiesen, der Neufassung des Gesellschaftervertrages der Gesellschaft zuzustimmen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Neufassung des Gesellschaftervertrages der SWE Tel GmbH
Vorlage: 16/1513

Ergebnis: Von der Verwaltung zurückgezogen.

TOP 8 Gründung einer gemeinsamen Trägergesellschaft mit dem Landkreis Aurich in der Rechtsform einer gGmbH für das Projekt Zentralkrankenhaus
Vorlage: 16/1515

Ergebnis: Von der Verwaltung zurückgezogen.

TOP 9 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 10 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.